

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 20. Juni 1989

Blatt 1306

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Moden- und Leistungsschau körperbehinderter Kinder (1307)
- Neuer Leiter für die Magistratsabteilung 69 (1308)
- Fensterberatung macht bald Sommerpause (1309)
- 900 Millionen Schilling für „Fremdpatienten“ (1311/1312)
- Umweltschutz im Bundesstraßenbau in Wien (1313/1314)
- „Grüner Spartarif“ für Haushalte und Landwirtschaft (1317-1319)
- Der Gürteltunnel ist zielführend (1320)
- Donnerstag Präsentation der renovierten Feuerwache Kahlenbergedorf (nur FS)
- Donnerstag Seniorentag auf dem Rathausmarkt (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen der Bezirksvertretungen (1307)

Kultur:

- „Neue Perspektiven der Kulturarbeit“ (1310)
- Vorbereitungen zum Kulturprogramm der Weltausstellung 1995 (1315/1316)

Moden- und Leistungsschau körperbehinderter Kinder

Wien, 20.6. (RK-LOKAL) Unter dem Motto „Werkerziehung — Vorbereitung für das Leben“, findet am Donnerstag, dem 22. Juni, um 19 Uhr, in der Aula der Sonderschule für körperbehinderte Kinder in Währing, Währinger Straße 173-181, eine Moden- und Leistungsschau statt. An der Ausstellung sind die Volksschule und Hauptschule der Sonderschule in der Währinger Straße 181, sowie die Allgemeine Sonderschule in Ottakring, Schinaglgasse 3-5, beteiligt. Besucher können auch eine Ausstellung von Werkstücken besichtigen, die im Rahmen des Unterrichts für Werkerziehung angefertigt wurden. (Schluß) ull/bs

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 20.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

Penzing: Mittwoch, 21. Juni, 16 Uhr, Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1;

Brigittenau: Mittwoch, 21. Juni, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;

Hietzing: Mittwoch, 28. Juni, 18 Uhr, Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1;

(Schluß) end/bs

Neuer Leiter für die Magistratsabteilung 69

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 69 (Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten) hat einen neuen Leiter. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Dienstag Obermagistratsrat Dr. Gerhard PAUKNER in dieses Amt ein. Der Wechsel an der Spitze der MA 69 wurde notwendig, weil der bisherige Chef, Senatsrat Dr. Ernst THEIMER, zum Geschäftsführer des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bestellt worden ist.

Dr. Paukner, Jahrgang 1943, ist seit 1964 bei der Stadt Wien beschäftigt, seit fast zwei Jahrzehnten im Bereich des Liegenschaftswesens.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte bei der Amtseinführung, daß der Magistrat ein Dienstleistungsbetrieb für die Bürger sei. Im Zweifelsfall sei stets für den Bürger zu entscheiden, der Magistrat habe aber auch mit Konsequenz die Anliegen der Gemeinschaft zu vertreten.

Die Stadträte Dr. Hañnes SWOBODA und Rudolf EDLINGER wiesen auf die große Bedeutung der Grundstücksabteilung für die Stadtplanung und Stadtentwicklung insgesamt sowie insbesondere auch für die Stadterneuerung und den Wohnbau hin.

Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion unterstrich, daß Grund und Boden nicht unbeschränkt und beliebig zur Verfügung stehen. Die vorhandenen rechtlichen Instrumentarien, um die Interessen der Allgemeinheit bei der Realisierung demokratisch beschlossener Projekte optimal durchzusetzen, sind nicht immer ausreichend. Effizientere Enteignungsmöglichkeiten wären wünschenswert — und zwar nicht im Sinne einer „Eigentumsfeindlichkeit“, sondern aus rein pragmatischen Gründen im Interesse der Steuerzahler und der öffentlichen Sparsamkeit.

Der Amtseinführung wohnten auch der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung Hans BROSCHE, Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL sowie der Vorsitzende der Hauptgruppe I der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Josef PULLING bei. (Schluß) ger/rr

Fensterberatung macht bald Sommerpause

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Die „Fensterberatungsstelle“ der Stadt Wien macht im Juli und August Sommerpause. Bis dahin ist sie noch jeden Donnerstag (also am 22. und 29. Juni) von 15 bis 18 Uhr in der Magistratsabteilung 39 (Versuchs- und Forschungsanstalt, 11, Rinnböckstraße 15) geöffnet. In der „Fensterberatungsstelle“ beraten hochqualifizierte Fachleute der Stadt Wien kostenlos über die Vor- und Nachteile sämtlicher im Handel erhältlicher Fenster anhand zahlreicher Schaumodelle. Wer sich also neue Fenster einbauen will, sollte auf jeden Fall bei der Fensterberatung der Stadt Wien vorbeischaun. Die Fensterberatung besteht seit fast drei Jahren. Jährlich nutzen etwa 1.000 Ratsuchende dieses Service der Stadt Wien. (Schluß) ah/rr

„Neue Perspektiven der Kulturarbeit“

Vortrag in der Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Dr. Karl RICHTER hält am Donnerstag, dem 22. Juni, 11 Uhr, im Lesesaal der Wiener Stadt- und Landesbibliothek einen Vortrag zum Thema „Neue Perspektiven der Kulturarbeit“. Dr. Karl Richter ist derzeit Gastprofessor am Institut für Kulturelles Management an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst. Als Geschäftsführer des Sekretariats für Gemeinsame Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen, „Kultur 90“, untersucht Dr. Richter vor allem die Möglichkeiten neuer kultureller Strukturen und Zielsetzungen. (Schluß) gab/rr

900 Millionen Schilling für „Fremdpatienten“

In Österreich nehmen pro Jahr rund 144.000 Inländer und rund 27.000 Ausländer ein Spital außerhalb des Wohnsitzbundeslandes beziehungsweise ihres Staates in Anspruch. Trotz Kostenersätzen durch die Sozialversicherungen und trotz Beiträgen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) verbleiben dem jeweiligen Spitalerhalter hohe Kosten, die die Fremdpatienten verursachen. Am Beispiel Wiens sind es rund 900 Millionen Schilling im Jahr, die für Patienten aus anderen Bundesländern aus allgemeinen Steuermitteln dazugeschossen werden müssen, teilte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit.

Die amtlichen Pflegegebühren in einem Wiener Spital betragen derzeit pro Tag 2.580 Schilling, im AKH sind es 4.140 Schilling pro Tag. Die Kostenersätze durch die Gebietskrankenkasse machen jedoch nur 989 Schilling pro Tag aus, weitere rund 500 Schilling kommen aus dem KRAZAF. Aus dem Wiener Budget müssen daher in einem Wiener Spital pro Tag mehr als 1.000 Schilling dazugeschossen werden, im AKH sind es rund 2.600 Schilling pro Tag. Daraus ergeben sich jährliche Kosten für die sogenannten Fremdpatienten von 900 Millionen Schilling, wobei nur der laufende Aufwand berücksichtigt ist, nicht jedoch die Investitionskosten oder die Tragung der Pensionslasten für die Bediensteten.

Die Kosten für die Fremdpatienten treffen jedoch nicht nur Wien, sondern praktisch jedes Bundesland. Wien hat zwar mit einem Anteil an den Aufnahmen von 20,2 Prozent die höchste Fremdpatientenquote, doch kommen z.B. 18,5 Prozent der Patienten in den Salzburger Spitälern aus einem Land außerhalb Salzburgs, 16,5 Prozent der Patienten in Tirol und Burgenland aus einem anderen Gebiet. Die restlichen Bundesländer weisen einen Fremdpatientenanteil zwischen 8,8 Prozent (Niederösterreich) und 4,6 Prozent (Vorarlberg) auf.

Der Verfassungsgerichtshof hat in einem Erkenntnis vom Herbst 1988 nun eindeutig und erstmals zum Ausdruck gebracht, daß den Bundesländern die Spitalsversorgung für die eigenen Bürgerinnen und Bürger zukommt — woraus folgt, daß die Bundesländer dafür den entsprechenden Aufwand zu tragen haben. Da es jedoch nicht sinnvoll wäre, in jedem Bundesland alle Einrichtungen der medizinischen Versorgung aufzubauen, sollten, so der Verfassungsgerichtshof, die Länder Verträge über die gegenseitige Kostentragung für die Fremdpatienten schließen.

Die Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten immer die Möglichkeit gehabt, genug Spitalsbetten für ihre Bürger zu errichten. Bloß für die Jahre 1986 — 1989 gibt es eine Beschränkung, ab dem 1. Jänner 1990 fällt eine zahlenmäßige Beschränkung wieder weg. Somit stand dem Bestreben Niederösterreichs — außer zwischen 1986 und 1989 — nie etwas im Wege, auch die medizinische Spitzenversorgung im eigenen Land aufzubauen. Für die Zukunft gibt es zwei Wege, um dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung zu tragen:

- Jedes Bundesland versucht, in der medizinischen Versorgung autark zu werden;
- Die Bundesländer versuchen, über gegenseitige Verträge das Problem zu lösen;

Allerdings ergeben sich beim ersten Weg — dem autarken — Probleme:

- er steht der Praxis, daß der Patient freie Arzt- und Spitalwahl hat, entgegen;
- er bietet keine Lösung für die immer wiederkehrenden medizinischen Akutfälle außerhalb des Wohnortes;
- er ist volkswirtschaftlich der teuerste Weg, weil in jedem Bundesland die besonders teuren Einrichtungen der Spitzenmedizin aufgebaut werden

müssen.

Es bleibt jedem Bundesland unbelassen, welchen Weg es beschreiten möchte, sagte Mayr. Wien spricht sich jedenfalls für eine patientenfreundliche Lösung aus — die freie Arzt- und Spitalswahl sollte es auch in Zukunft geben. Ebenso tritt Wien angesichts der bereits jetzt schon hohen Kosten im Gesundheitswesen für eine wirtschaftliche Lösung ein — und die kann nur so ausschauen, daß in einem so kleinen Land wie Österreich Gesundheitspolitik österreichweit und regional abgestimmt betrieben wird, schloß Mayr. (Schluß) sei/sk

Forts. von Blatt 1311

Umweltschutz im Bundesstraßenbau in Wien

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Bis weit in die 70er Jahre galt der Straßenbau — einhergehend mit dem rasch steigenden Motorisierungsgrad — als wichtigstes Element zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Die gesellschaftliche Akzeptanz war demnach unvergleichlich höher als heute. Durch das ständig steigende Verkehrsaufkommen, insbesondere des Schwerverkehrs, wurde der Autoverkehr in zunehmendem Maße als Belastung empfunden, wodurch sich in steigender Zahl Initiativen vor allem gegen die Errichtung neuer Hochleistungsstraßen bildeten.

Nahmen frühere Hochleistungsstraßen kaum Rücksicht auf Flächenverbrauch, Lärmentwicklung etc., so fließen diese Aspekte nunmehr in stärkerem Maße in die Entscheidungen über Trassenführung und Trassengestaltung ein. **Die Aspekte des Umweltschutzes und die Einbeziehung der Bedürfnisse der Anrainer sind insbesondere in Wien integrierender Bestandteil der Straßenplanung geworden**, betonten Dienstag Planungsratsrat Dr. Hannes SWOBODA und Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Diese neuen Planungsgrundsätze kommen bei folgenden Projekten in besonderem Maße zum Tragen:

1. Planung Gürtel, Süd- und Westeinfahrt:

Die von der Gürtelkommission vorgeschlagenen straßenbaulichen Maßnahmen in den ca. 40 km langen Bundesstraßenzügen Gürtel, Süd- und Westeinfahrt bringen in erster Linie Verbesserungen für die dort lebenden Anrainer. Straßenbauliche Investitionen werden nur dort vorgeschlagen, wo erhebliche Reduktionen von Lärm und Abgasen und damit neue Stadtentwicklungsmöglichkeiten erreicht werden. Die für den Individualverkehr zur Verfügung stehenden Verkehrsflächen sollen auf keinen Fall erhöht werden.

Erklärtes Ziel der Stadtplanung in Wien ist es, die soziale Erosion in vielen einstmals attraktiven Wohngebieten, insbesondere im Bereich des Gürtels und der Westeinfahrt, zu stoppen.

In die stufenweise vorgesehene Realisierung der detaillierten Planungen fließen neben den reinen Verkehrsbauten (z. B. Margaretentunnel, Umgestaltung des Gaudenzdorfer Knotens, der Eichenstraße, Fahrbahnverlegungen am Westgürtel, etc.) im unmittelbaren Straßenraum bereits Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung von Parallel- und Radialstraßen, der Oberflächen- und Stadtgestaltung und der Stadterneuerung ein. Auch die Aspekte des öffentlichen Verkehrs werden bei derartigen Projekten z. B. in Form von Planungen für Park & Ride-Anlagen mitberücksichtigt.

Für die Umgestaltung des Margaretengürtels werden derzeit, nach eingehender Information der Öffentlichkeit, die detaillierten Planungen unter Berücksichtigung dieser neuen Gesichtspunkte erstellt. Der Baubeginn könnte, falls vom Bund die Finanzierung sichergestellt wird, bereits im Jahre 1990 erfolgen; die Gesamtbaukosten betragen 2,1 Mrd. S.

2. A 23 Südosttangente/Abschnitt Knoten Kaisermühlen – Anschlußstelle Hirschstetten:

Mit diesem 3,6 km langen Autobahnprojekt sollen vor allem die vom Verkehr äußerst stark betroffenen Wohngebiete im 22. Bezirk entlastet werden. Wohngebiete insbesondere in der Stadlauer Straße, Polgarstraße, Siebenbürgerstraße und am Biberhaufenweg können nach Fertigstellung der Autobahn Ende 1993 verkehrsberuhigt werden. Erhebliche Verkehrsreduktionen treten außerdem in der Donaustadtstraße und der Wagramer Straße ein.

Bei entsprechenden verkehrsorganisatorischen Maßnahmen bzw. bei Realisierung von Rückbaumaßnahmen kann der Verkehr in der/am

- Stadlauer Straße von derzeit 17.000 Kfz auf 4.000 Kfz
- Siebenbürgerstraße von derzeit 8.000 Kfz auf 2.000 Kfz
- Biberhaufenweg von derzeit 10.000 Kfz auf 4.000 Kfz
- Wagramer Straße im Bereich Zentrum Kagran von derzeit 50.000 Kfz auf 30.000 Kfz-Einheiten und in der
- Donaustadtstraße von derzeit 45.000 auf 25.000 Kfz-Einheiten reduziert werden.

In den Wohngebieten sind dadurch neben der Lärm- und Abgasreduktion auch in gestalterischer Hinsicht (Rückbau) erhebliche Verbesserungen möglich.

Bei der Trassenwahl für diesen Autobahnabschnitt wurden die Inanspruchnahme von wertvollen Grundflächen und die Belastung von Wohngebieten weitgehend verhindert. In den sensiblen Bereichen Wohnhausanlage Smolagasse, Vernholzgasse und Schulzentrum Polgarstraße wird die Autobahn im Tunnel geführt. Von dem insgesamt 3,6 km langen Abschnitt werden inklusive Auf- und Abfahrtsrampen ca. 1,4 km im Tunnel geführt. Hinzu kommen noch insgesamt ca. 400 m lange Abschnitte in Tieflage. In allen nichtuntertunnelten Bereichen sind großzügige Lärmschutzanlagen vorgesehen, wodurch der derzeit bestehende Lärmpegel im unmittelbaren Autobahnbereich auch außerhalb von Wohngebieten kaum überschritten wird.

Durch die Einbindung eines Landschaftsplaners bereits bei der Detailprojektierung können die landschafts- und stadtgestalterischen Aspekte schon vor Baubeginn im Einvernehmen mit dem Bezirk und der betroffenen Bevölkerung festgelegt werden.

Durch die umfassende Information der Bezirksvertretung und der Bevölkerung konnten alle wesentlichen Detailfragen und Wünsche in die Planung einfließen. Dadurch ist es gelungen, für dieses Großprojekt (Kosten ca. 1,8 Mrd. S) eine breite Zustimmung von Seiten der Bevölkerung und der Bezirksvertretung des 22. Bezirkes zu erlangen.

Der Baubeginn ist für Mitte Juli 1989 vorgesehen, die Fertigstellung ist für Herbst 1993 geplant.

3. B 302 Wiener Nordrandstraße:

Zwischen Anschlußstelle Hirschstetten und Wagramer Straße ist die Neuerrichtung einer ca. 4,8 km langen Bundesstraße vorgesehen. Dieser Straßenabschnitt soll gleichzeitig mit der Verlängerung der Südosttangente im Herbst 1993 fertiggestellt sein. Damit kann der von Norden nach Wien einfließende Verkehr großräumig von Wohngebieten abgeleitet und an das hochrangige Wiener Straßennetz geführt werden. Dadurch werden vor allem die Wagramer Straße, die Raffineriestraße sowie die Süßenbrunner Straße erheblich vom Verkehr entlastet.

Die Trassenführung für die B 302 wurde so gewählt, daß keine Wohngebiete zusätzlich belastet werden.

Baubeginn: Anfang 1991, Fertigstellung Herbst 1993.
Kosten: ca. 300 Millionen Schilling.

4. Lärmschutz im Knoten Kaisermühlen:

Zur Reduktion des Lärmpegels für die unmittelbar neben dem Knoten Kaisermühlen liegenden Erholungs- und Siedlungsgebiete werden ab etwa August 1989 die bestehenden Brücken- und Rampenbauwerke mit Lärmschutzwänden versehen.

Kosten: ca. 10 Millionen Schilling, Fertigstellung Ende 1989.

(Forts. mgl.) lf/gg

Vorbereitungen zum Kulturprogramm der Weltausstellung 1995

Kultur als integrierender Bestandteil der Weltausstellung

Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK berichtete am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters über den Stand der Vorbereitungen zum Kulturprogramm der Weltausstellung 1995. Pasterk betonte, daß die Kultur die Weltausstellung konzeptionell mitbestimmen müsse, nicht nur Aufputz sein dürfe. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur in Wien — auch die des Bundes — müsse verbessert werden, ein siebenköpfiges Gremium, das im Laufe des Herbstes bekanntgegeben werde, solle Konzepte für das Kulturprogramm der Weltausstellung 1995 entwickeln. Dem bis dahin hoffentlich 50jährigen Frieden in Europa solle eine Großausstellung gewidmet werden.

Das Kulturprogramm der Weltausstellung 1995 wird sich nicht darauf beschränken, ein bloßes Zusatzprogramm zu einem riesigen Unterhaltungs- und Medienspektakel zu sein, sagte Pasterk. Es wird nicht nur das mancherorts zitierte „Pantheon“ parallellaufend zum „Disneyland“ abgeben. Vielmehr soll es sich wesentlich an der Konzipierung des politischen und kulturellen Ideengehalts der Veranstaltung sowie an deren stadtplanerischen und architektonischen Gestaltung beteiligen. Kulturpolitisch entscheidend ist für die Wiener Kulturstadträtin die Frage: Was bleibt in den letzten Jahren unseres Jahrhunderts an qualitativvoller Architektur, an Strukturverbesserung für die Stadt und an Botschaften für die Weltöffentlichkeit übrig.

Der Blick wird nicht ausschließlich auf die sechs Monate des Jahres 1995, sondern auch auf die Jahre davor und die Jahre danach gerichtet sein müssen. Konzepte, die neben den Besucherzahlen, neben dem internationalen Medienecho, auch die Verbesserung der Ausstrahlung und Lebensqualität unserer Stadt berücksichtigen, sollten nicht als „akademisch“, sondern als gesamt-kulturell angesehen werden. Das Kulturprogramm wird sich an dem Begriff eines „Europa der Differenzen“ orientieren, entsprechend der Analyse des Historikers Jacob Burckhardt: „Jede nivellierende Tendenz, sei sie politisch, religiös oder sozial, ist für unseren Kontinent lebensgefährlich. Was uns rettet, ist unsere Vielfalt.“

Das Fehlen von Ansprüchen auf europäische Großmachträume wird uns hoffentlich einen bis dahin 50jährigen Frieden beschert haben.

Diesem Frieden als Grundlage jeglicher Kultur wird eine Großausstellung gewidmet sein. Damit soll der Jugend der Welt ein Problem vor Augen geführt werden, das sie aus eigenem Erleben nicht mehr kennt. Die unschätzbare Qualität des europäischen Friedens im Kontrast zu anderen Kontinenten soll in dieser Großausstellung erfahrbar werden.

Die weiteren Programmpunkte sind in Ausarbeitung. Wien Kultur wird diesbezüglich durch einen aus internationalen Fachleuten für Theater, Oper, Musik, Bildende Kunst, Architektur, Multimedia bestehenden Beirat, der von einem Geschäftsführer/einer Geschäftsführerin koordiniert wird, beraten. Die Zusammensetzung dieses Konzeptions-Gremiums wird in nächster Zeit bekanntgegeben werden. Jede vorzeitige Namensnennung würde begreiflicherweise die laufenden Verhandlungen von der Kostenseite her nur belasten.

Kulturstadträtin Ursula Pasterk wird sich neben selbst konzipierten Veranstaltungen und Ausstellungen auch darum bemühen, für den Zeitraum der Weltausstellung die Zeitraster der großen kulturellen Institutionen wie Bundesmuseen, städtische Museen, Bundestheater und private Theater insofern zu verändern, daß für den Besucher der Weltausstellung z.B. Oper und Burgtheater auch im Sommer spielen, die großen Museen auch — wie

international üblich — abends geöffnet halten. Ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Infrastruktur im Kunstbereich muß bis 1995 gemacht sein: die Errichtung einer großen Kunsthalle im Messepalast.

Forts. von Blatt 1315

KONKRETE PLANUNGSSCHRITTE

Drei Ansatzpunkte:

1. Veränderung der vorhandenen Kultur-Struktur

Alle Museen müssen im Zeitraum der Weltausstellung für längere Öffnungszeiten am Abend sorgen. Sämtliche Bundestheater müßten im Sommer geöffnet sein.

Da diese Veränderung nicht nur Wiener, sondern auch Bundeskultur-Einrichtungen betrifft:

Erstellung eines Forderungskataloges an die Bundes-Kulturinstitutionen.

- Die Bundesmuseen und deren Direktoren werden jetzt schon ersucht, Konzepte zu erarbeiten, wie sie sich für den Besucheransturm von Mai bis Oktober 1995 rüsten wollen: Manche Sammlungen werden umgruppiert, womöglich auch geschlossen werden müssen, besonders heikle Objekte zumindest besonders geschützt.
- Die Staatsoper ist jetzt schon gebeten, dafür Vorsorge zu treffen, daß das Haus im Sommer 1995 bespielt werden kann. Mit den Wiener Philharmonikern sind jetzt schon die dementsprechenden Verträge abzuschließen, um dies zu gewährleisten. Für den Fall dispositioneller Engpässe sollten in der Staatsoper auch internationale Gastspiele für den Sommer 1995 geplant werden.

2. Maßnahmenpaket der Stadt Wien

Für die Programmgestaltung und die Erstellung von Einzelprojekten wird ein aus internationalen Fachleuten für Oper, Theater, Musik, Bildende Kunst, Architektur und Multimedia bestehender Beirat ernannt.

Die Aufgaben dieses Beirates: siehe vorne

Erst durch die jetzt schon in Angriff zu nehmende Veränderung der vorhandenen Kulturstruktur und durch die zeitgerechte Erstellung von Einzelprojekten (also, erst wenn 1 und 2 erfüllt sind) kann folgendes Ziel erreicht werden:

3. Kultur soll innerhalb der Weltausstellung weder bloßes Rahmenprogramm noch bloße „Damenspende“ sein.

Anzustreben ist eine durchgehende „Kulturisierung“ der Weltausstellung. Wer Wien „verkaufen“ will, wird die Kultur verkaufen müssen.

Kultur wird die „Software“ sein innerhalb der „Hardware“ Weltausstellung.

(Schluß) gab/bs

„Grüner Spartarif“ für Haushalte und Landwirtschaft

Bis zu 97 Prozent der Haushalte zahlen weniger

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Die Bemühungen der Wiener Stadtwerke, einen „grünen“ Stromtarif einzuführen, sind nach fast einjährigen Verhandlungen mit den Sozialpartnern nunmehr von Erfolg gekrönt: Wien wird damit voraussichtlich ab Oktober 1989 über den modernsten Stromtarif Österreichs verfügen, der nicht einen hohen Energieverbrauch, sondern im Gegensatz zu den meisten anderen Tarifen das Energiesparen durch niedrigere Kosten belohnt. Dies gaben Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Energiestadtrat Johann HATZL bekannt. Zilk bezeichnete das neue Tarifmodell wörtlich als „äußerst wichtig und geradezu sensationell“ für Österreich. Dies sei ein großer und bedeutender Schritt zur „Umweltmusterstadt 2000“. Es diene der Sache und bringe auch den Bürgern materiell etwas.

Nach geringfügigen Änderungen erhalten nun Haushalte und Landwirtschaftsbetriebe den von den Wiener Stadtwerken vorgeschlagenen „progressiven“ Tarif, bei dem ab einer bestimmten Strommenge der Grundpreis höher wird. Für Gewerbebetriebe kommt es zu einem „linearen“ Tarif, bei dem der Grundpreis unabhängig vom Verbrauch fix ist, nachdem die Bundeswirtschaftskammer dem Grundgedanken des neuen Systems, Stromsparer zu belohnen, für ihre Mitglieder nicht zustimmte.

ENDGÜLTIG GESTORBEN — UND DAS IST EIN ERFOLG DES ENERGIESPARGEDANKENS UND DER WIENER STADTWERKE — IST IN WIEN JEDENFALLS DER „DEGRESSIVE“ TARIF, BEI DEM EIN HÖHERER VERBRAUCH ZU GERINGEREN DURCHSCHNITTSKOSTEN PRO KILOWATTSTUNDE FÜHRT. Nach der Einigung mit den Sozialpartnern ist nun noch die Zustimmung der Preisbehörde im Wirtschaftsministerium erforderlich. Dies soll bei einer Sitzung Anfang Juli erfolgen, sagte Stadtrat Hatzl.

Wesentliche Vereinfachung des Tarifsystems

Der Grundgedanke des neuen Tarifsystems — ein einheitlicher Tarif für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft — konnte wegen des Widerstandes der Bundeswirtschaftskammer nicht ganz verwirklicht werden, trotzdem kommt es zu einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung für die Stadtwerke und damit auch für die Kunden zu einer wesentlichen Vereinfachung. Viele Spezialtarife wie zum Beispiel der Kleinstabnehmerarif sowie das für die Kunden lästige „Tarifaufnehmen“ und das Besuchen von Anlagen fallen weg. Für die Grundpreisberechnung werden statt Tarifräumen, Hektar oder Anschlußwert der Maschinen nur mehr elektrische Bezugsgrößen gelten. Dadurch kann der Kunde jederzeit seinen gesamten Strompreis —, Arbeits- plus Grundpreis — durch eine einfache Zählerablesung feststellen. Der neue Tarif ist damit viel durchschaubarer für die Kunden, stellte Hatzl fest. Bisher war jeder verpflichtet, bei Änderungen des Anschlußwertes das E-Werk zu informieren, was nun auch wegfällt.

Die Tarife im einzelnen

Die neuen Tarife im einzelnen: Der Arbeitspreis beträgt für Haushalte, Landwirtschaft und Gewerbe einheitlich 114 Groschen pro Kilowattstunde. Der Grundpreis ist bei Haushalten und Landwirtschaftsbetrieben gestaffelt, er beträgt bis zu einem Verbrauch von 5.840 Kilowattstunden 20 Groschen und darüber 82 Groschen. 65,70 Schilling ist der Mindestbetrag, den auch jemand pro Jahr zahlen muß, der keinen Verbrauch hat. Stadtrat Hatzl garantierte diesen Tarif in seiner Höhe bis Juni 1991, sofern die Einstandspreise bzw. die Rohenergie nicht um mehr als fünf Prozent steigen. Beim Gewerbe beträgt der Grundpreis unabhängig vom Verbrauch

82 Groschen je Kilowattstunde. Der „Schwachlasttarif“ für Nachtstromheizungen wird um 4,7 Groschen pro Kilowattstunde verbilligt, die Staffe- lung fällt hier wie auch bei den Industriebetrieben, mit denen es Sonderver- träge gibt, weg. Die Warmwasseraufbereitung wird durch eine „Rund- steuerung“ von acht auf 16 Stunden ausgeweitet. Durch diese Maßnahmen sollen Belastungstäler gefüllt und durch den dabei erzielten Lastausgleich die Stromaufbringung für die E-Werke günstiger werden.

Für 97 Prozent der Haushalte wird Strom billiger

Von den 974.000 Haushalten, die von den Wiener E-Werken mit Strom ver- sorgt werden, liegen 97 Prozent in ihrem Verbrauch unter dem Grenzwert. Für sie wird ab Oktober der Strom billiger werden. Nur für jene drei Prozent der Haushalte, die echte „Stromfresser“ in Verwendung haben wie Hei- zungen für Swimmingpools, Garagenauffahrten und dergleichen wird es zu einer Verteuerung kommen. Rund 17.000 Haushalte werden im Jahr um bis zu 300 Schilling, 9.000 um bis zu 1.000 sowie rund 15.000 mehr als 1.000 Schilling mehr zahlen müssen.

Von den etwa 3.300 Kunden der Wiener E-Werke im Bereich der Landwirt- schaft werden mehr als die Hälfte mit dem neuen Tarif weniger für den Strom zahlen.

Von den etwa 100.000 im Gewerbetarif verrechneten Anlagen wird der neue Stromtarif für etwa 77 Prozent zu Einsparungen führen. Mit dem von den Stadtwerken vorgeschlagenen progressiven Tarif, den die Bundes- wirtschaftskammer abgelehnt hat, wären es sogar fast 86 Prozent ge- wesen. Für Gewerbebetriebe gibt es auch die Möglichkeit, auf den soge- nannten „M-Tarif“ umzusteigen. Die E-Werke beraten in ihrem Kunden- dienstzentrum ausführlich darüber, welcher Tarif günstiger ist.

Mindereinnahmen fast eine halbe Milliarde

Insgesamt kostet der neue, „grüne“ Tarif den E-Werken im Jahr fast eine halbe Milliarde Schilling, um die sie weniger einnehmen werden.

Diese Mindereinnahmen werden durch die Verwaltungsvereinfachungen kompensiert sowie durch den Umstand, daß bei einem Erfolg des neuen Tarifsystems, das ja zum Stromsparen führen soll, auch für die E-Werke die Stromaufbringung billiger wird — so könnte etwa der Bau eines zusätz- lichen Kraftwerksblockes entfallen.

Niederösterreicher zahlen bei Wiener E-Werk weniger

Für die Kunden der Wiener E-Werke in den niederösterreichischen Um- landgemeinden wirkt sich das neue Tarifsystem so aus, daß die über- wiegende Mehrheit in Zukunft weniger für den Strom zu zahlen haben wird, als die Kunden der EVN. Darauf wies Stadtrat Hatzl ausdrücklich hin. So werden 88 Prozent der Haushalte bei den Wiener E-Werken einen günsti- geren Tarif als bei den EVN vorfinden sowie 80 Prozent der Landwirt- schaftsbetriebe und 60 Prozent der Gewerbebetriebe.

Informationskampagne der E-Werke

Sobald der endgültige Bescheid der Preisbehörde im Wirtschaftsministe- rium über das neue Tarifsystem vorliegt, wird eine große Informations- kampagne der Wiener E-Werke beginnen. Im Kundendienstzentrum der E-Werke in der Spitalgasse 5-9 wird eine Servicestelle mit einer eigenen Telefonnummer für Anfragen zur Verfügung gestellt. Auch die Kunden- dienstzeitung der Wiener Stadtwerke, „24 Stunden für Wien“, wird ausführ- lich über den „grünen Spartarif“ informieren. Weiters wird derzeit überlegt, jedem Kunden der Wiener E-Werke ein Informationsblatt zuzusenden, in dem auf der Basis seiner letzten Jahresabrechnung die Auswirkungen der Tarifreform ausgerechnet werden.

Forts. von Blatt 1317

Forts. auf Blatt 1319

Derzeit können die Wiener E-Werke noch keine endgültigen Auskünfte bei Anfragen von Kunden über das neue Tarifsysteem geben, weil der Bescheid der Preisbehörde noch nicht vorliegt, und geringfügige Änderungen noch möglich sind. Trotzdem kann sich jeder Strombezieher schon jetzt ungefähr ausrechnen, was er sich mit dem neuen Spartarif ersparen wird, wenn sein jährlicher Verbrauch unter 5.840 Kilowattstunden liegt: Er muß nur die Verbrauchszahl seiner letzten Jahresabrechnung in Kilowattstunden mit der Zahl von 134 Groschen multiplizieren den sogenannten „Meßpreis“ hinzurechnen und mit seinen letzten Jahreskosten vergleichen. Natürlich wird es für die meisten Kunden bei der nächsten Jahresabrechnung zu einer „Mischabrechnung“ kommen, weil die Jahresabrechnungen in Wien ja über das ganze Jahr verteilt vorgenommen werden, und dadurch zum Teil noch der alte Tarif zum Tragen kommt. Achtung! Wenn der Verbrauch von 5.840 Kilowattstunden überschritten wird, werden nur die über dieser Grenze liegenden Kilowattstunden zum höheren Tarif verrechnet und nicht der gesamte Verbrauch. (Schluß) roh/bs

Forts. von Blatt 1318

Der Gürteltunnel ist zielführend

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA hob am Dienstag im Bürgermeisterpressegespräch nochmals die Vorteile für das Projekt Umwelttunnel Gaudenzdorfer Knoten und Margaretengürtel hervor. Das von der Volkspartei geforderte Projekt der Untertunnelung des Europaplatzes sei für den Umweltschutz weniger zielführend. Im Detail, so Swoboda, wohnen im unmittelbaren Einzugsbereich des Europaplatzes etwa 600 Bürger, auf dem Margaretengürtel hingegen mehr als 2.000. „Wir müssen die beschränkten Mittel dort einsetzen, wo sie für den Umweltschutz mehr bringen“, meinte der Stadtrat. Nach der Fertigstellung der U 3 und des Umsteigeknotens U 3/U 6 wird es außerdem zu einem drastischen Absinken der Fußgängerzahlen auf dem Europaplatz selbst kommen. Die Fachleute rechnen damit, daß 80 bis 90 Prozent der Fußgänger die unterirdischen Bauwerke dieses Knotens und nicht die Straßenoberfläche benutzen werden. Außerdem würde ein Längstunnel am Europaplatz jede künftige Einbindung der Westeinfahrt in diesem Bereich unmöglich machen. (Schluß) fk/bs.